

Initiativen-Netzwerk Kommunalabgaben

c/o Wolf-R. Beck, Burg 4, 06179 Teutschenthal

Wahlprüfsteine „Rückwirkende Straßenausbau- und Abwasseranschlussbeiträge“

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Initiativennetzwerk Kommunalabgaben Sachsen-Anhalt ist ein Netzwerk von derzeit 8 Bürgerinitiativen in Sachsen-Anhalt, die sich mit der Problematik „Kommunalabgaben“ im Lande befassen. Wir vertreten die Auffassung, dass viele Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes belasten, durch eine verfehlte Landespolitik in den letzten 19 Jahren entstanden sind. Um diese Fehler und den entstandenen Schaden zu korrigieren, wurden und werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger bis heute massiv eingeschränkt.

So ist es in Sachsen-Anhalt aufgrund der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts möglich, Beiträge (Abwasser, Straßenausbau, etc.) rückwirkend zu erheben. Es ist zu bezweifeln, dass eine solche Möglichkeit jemals vom Gesetzgeber beabsichtigt war. Deshalb fordern wir die Landespolitik auf, Korrekturen derart vorzunehmen, dass eine rückwirkende Beitragserhebung in Zukunft nicht mehr möglich ist und bereits rückwirkend erhobene Beiträge zurückerstattet werden.

Durch rückwirkende Beitragserhebungen wird in unserem Land ein erheblicher politischer Schaden angerichtet. Es ist Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, dass sie heute für eine Baumaßnahme z.B. von 1992 zahlen müssen, zudem ihnen damals oft versprochen wurde, dass keinerlei Kosten entstehen würden und auch keinerlei Bürgerbeteiligung stattfand.

INKA Sachsen-Anhalt wendet sich deshalb an die Landesverbände aller demokratischen Parteien, um deren Position zur rückwirkenden Beitragserhebung sowie eventuelle Gegenmaßnahmen zu erfragen. Diese Positionen wollen wir bei der Kommunal- und Europawahl am 7. Juni 2009 thematisieren. Da Parteien nach dem Grundgesetz demokratisch organisiert sein müssen, wollen wir wissen, was in den verschiedenen demokratischen Parteien vor Ort konkret gegen die rückwirkende Beitragserhebung unternommen wurde. Insofern halten wir es für legitim, ein Thema der Landespolitik nicht ausschließlich zur Landtagswahl zu thematisieren.

Wir möchten Sie deshalb bitten uns bis zum 17. Mai 2009 die folgenden Fragen zu beantworten. Ihre Antworten wollen wir dann der Presse übergeben und auf unserer Internetseite www.inka-lsa.de veröffentlichen. Um eine gewisse Vergleichbarkeit und Übersichtlichkeit zu erreichen, bitten wir Sie, sich bei Ihren Antworten an die Vorgaben zu halten. Teilen Sie uns darüber hinausgehende Informationen bitte gesondert mit.

Frage 1: Wie steht Ihre Partei zur rückwirkenden Beitragserhebung?

- Der Landesverband unserer Partei hat sich dafür ausgesprochen.
- Der Landesverband unserer Partei hat sich dagegen ausgesprochen.
- Es gibt keine einheitliche Positionierung im Landesverband.

Frage 2: Welche Aktivitäten gegen rückwirkende Beitragserhebung wurden von den Orts- und Kreisverbänden Ihrer Partei initiiert?

Initiativen-Netzwerk Kommunalabgaben

c/o Wolf-R. Beck, Burg 4, 06179 Teutschenthal

- Anträge an Landesparteitage (bitte beifügen)
- Persönliche Anfragen an Landtagsabgeordnete
- Persönliche Anfragen an Ministerien
- Sonstige Aktivitäten

Beschreiben Sie die Aktivitäten der Orts- und Kreisverbände ggf. etwas näher (max. 5 Zeilen):

Frage 3: Wie schätzt ihr Landesvorstand die Reaktion von Bürgerinnen und Bürger ein, wenn diese von rückwirkenden Beiträgen betroffen sind?

- Die meisten haben Verständnis dafür.
- Die meisten sind verärgert, aber sehen die Notwendigkeit aufgrund knapper Kassen ein.
- Der Widerstand und die Gründung von Bürgerinitiativen belebt die Demokratie.
- Die meisten verlieren den Glauben an den Rechtsstaat.
- Sonstiges (1 Zeile):

Frage 4: Wie positioniert sich der Landesvorstand zu rückwirkenden Beiträgen? (max. 5 Zeilen)

Frage 5: Würde der Landesvorstand Ihrer Partei gerne konkrete Maßnahmen gegen die Praxis der rückwirkenden Beitragserhebung in Sachsen-Anhalt einleiten und wenn ja welche? (max. 10 Zeilen)